

Bremen, 15. April 2015

Herr Schneider

Durchwahl: 2183

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 21. April 2015

„Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2015/2016)“

A. Problem

Die Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sind regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen. Dies ergibt sich aus § 14 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung (BBesG Fassung 2006) sowie aus § 81 des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes (BremBeamtVG). Zuletzt wurden die Dienst- und Beamtenversorgungsbezüge im Land Bremen durch Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen vom 25. Juni 2013 (Brem.GBl. S. 323), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 vom 25. November 2014 (Brem.GBl. S. 564) zum 1. Mai 2014 in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 um 2,95 % und in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a um 1,5 % sowie in den übrigen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A, B, C, R und W zum 1. September 2014 um 1,5 % erhöht. Ab der Besoldungsgruppe A 11 erfolgte zudem eine Erhöhung der Grundgehälter um 40 Euro.

Die regelmäßige Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge orientiert sich in der Praxis u.a. am aktuellen Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesländer (TV-L). Im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder wurde am 28. März 2015 in Potsdam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Erhöhung der Tabellenentgelte zum 1. März 2015 um 2,1 % sowie zum 1. März 2016 eine weitere Erhöhung um 2,3 %, mindestens jedoch ein Erhöhungsbetrag der Entgelte von 75 Euro vereinbart.

B. Lösung

Am 14. April 2015 haben der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Böhrnsen und die Senatorin für Finanzen, Frau Bürgermeisterin Linnert mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände (DGB Bremen, dbb Bremen, Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte) über die Konsequenzen hinsichtlich einer Übertragung des Tarifabschlusses für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des

Landes auf die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter ein Gespräch geführt und Eckpunkte für einen Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2015/2016) unterbreitet:

- Das Tarifergebnis vom 28. März 2015 bezüglich der Erhöhung der Entgelte wird auf die Erhöhung der Dienstbezüge der bremischen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter zeitversetzt über einen Zeitraum von 4 Monaten, also zum 1. Juli 2015 sowie zum 1. Juli 2016 und im Übrigen inhaltsgleich übertragen.
- Die Erhöhung der Dienstbezüge wird für die bremischen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zeit- und inhaltsgleich übernommen. Auf eine verminderte Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge wird verzichtet.
- Die Anwärtergrundbeträge werden zum 1. Juli 2015 und zum 1. Juli 2016 entsprechend der Tarifeinigung im Bereich des TV-L um 30 Euro erhöht.

Die Artikel 2 bis 5 (Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes und Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes) sehen notwendige Folgeänderungen durch die Anpassung in den Jahren 2015 und 2016 vor.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter im Lande Bremen bezeichneten diesen Kompromiss als einen gangbaren Weg.

Eine Aufnahme der Zahlungen unter Vorbehalt der gesetzlichen Regelung ab 1. Juli 2015 wäre möglich und ist Ziel des Senats. Dazu soll aber die angestrebte Willensbildung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) abgewartet werden. Eine abschließende Senatsbefassung wird dann kurzfristig erfolgen.

C. Alternativen

Es werden keine Alternativen vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Für das Jahr 2015 ergeben sich durch die Besoldungs- und Versorgungsanpassung Mehrausgaben im Kernbereich in Höhe von 8,9 Mio. Euro, für das Jahr 2016 in Höhe von 27,8 Mio. Euro.

Bei den ausgegliederten Bereichen (Sonderhaushalte mit Hochschulen, Eigenbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts) sowie dem Bereich der Polizei und Lehrkräfte der Stadt Bremerhaven belaufen sich die Mehrausgaben für das Jahr 2015 auf 2,2 Mio. Euro beziehungsweise auf 7,1 Mio. Euro für das Jahr 2016.

Für das Jahr 2015 können die Mehrausgaben infolge der Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung in Höhe von 11,1 Mio. Euro aus der eingestellten Tarifvorsorge finanziert werden. Die Mehrausgaben für das Jahr 2016 infolge der Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung in Höhe von 34,9 Mio. Euro sind im kommenden Eckwert zu berücksichtigen und in der Haushaltsaufstellung für 2016/2017 zu veranschlagen.

Die Anpassung zum 1. Juli 2016, welche ein Mindesterhöhungsbetrag der Grundgeh-

altssätze von 75 Euro vorsieht, wirkt sich in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A mit einem hohem Anteil von Frauen prozentual höher aus im Vergleich zu den übrigen Besoldungsgruppen.

E. Beteiligung und Abstimmung

In dem Gespräch des Präsidenten des Senats und der Senatorin für Finanzen mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter im Lande Bremen vom 14. April 2015 wurde vereinbart, dass das förmliche Beteiligungsverfahren mit verkürzter Frist erfolgen soll.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung.

G. Beschluss

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 15. April 2015 den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2015/2016) und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf mit verkürzter Frist

- gemäß § 93 Bremisches Beamtengesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände im Lande Bremen, gemäß § 39a Bremisches Richtergesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Vereinigungen der Richterinnen und Richter im Lande Bremen sowie
- gemäß Beschluss Nr. 3 zu TOP 3 der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den anderen norddeutschen Ländern

zuzuleiten.

Entwurf

Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2015/2016)

Vom ...

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag)
beschlossene Gesetz:

Artikel 1 Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter im Geltungsbereich des Bremischen Besoldungsgesetzes,
2. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Geltungsbereich des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge 2015

(1) Ausgehend von den in den Anlagen 1 bis 13 zum Bremischen Besoldungsgesetz in der am 1. September 2014 geltenden Fassung genannten Beträgen werden ab dem 1. Juli 2015 erhöht:

1. Um 2,1 vom Hundert
 - a) die Grundgehaltssätze,
 - b) der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5,
 - c) die Amtszulagen,

- d) die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 12 der Vorbemerkungen der Besoldungsordnungen A und B zum Bremischen Besoldungsgesetz,
 - e) der Betrag zu § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
 - f) die Beträge zu § 4 Absatz 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.
2. Um 1,79 vom Hundert der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag.
 3. Um 30 Euro die Anwärtergrundbeträge.

(2) Ab dem 1. Juli 2015 werden um 2,1 vom Hundert die Leistungsbezüge nach § 3a des Bremischen Besoldungsgesetzes erhöht, soweit sie an regelmäßigen Anpassungen teilnehmen.

§ 3

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht für das Jahr 2015

Die Erhöhung nach § 2 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) in der Zwischenbesoldungsgruppe A 13a,
 - c) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
3. die sich aus der Anlage 14 des Bremischen Besoldungsgesetzes in der am 1. September 2014 geltenden Fassung ergebenden Beträge der Grundgehaltssätze der gemäß § 77 Absätze 2 und 3 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C gemäß Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 gemäß Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am 1. September 2014 geltenden Beträgen sowie
5. der sich aus der Anlage 14 des Bremischen Besoldungsgesetzes in der am 1. September 2014 geltenden Fassung ergebende Betrag der allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2 b gemäß Anlage II des

Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung.

§ 4

Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge für das Jahr 2016

(1) Ausgehend von den nach § 2 und § 3 angepassten Beträgen werden ab dem 1. Juli 2016 wie folgt erhöht:

1. um 2,3 vom Hundert die in § 2 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 sowie § 3 genannten Bezüge,
2. um 1,96 vom Hundert der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag,
3. um 30 Euro die Anwärtergrundbeträge.

(2) Abweichend von Absatz 1 Nummer 1 wird in den Fällen des § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und § 3 Nummer 3 das Grundgehalt mindestens um einen Vomhundertsatz erhöht, der einem Erhöhungsbetrag von 75 Euro entspricht.

§ 5

Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2015 und 2016

(1) Die Erhöhungen nach §§ 2 bis 4 gelten für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entsprechend, soweit die in den Vorschriften genannten Bezügebestandteile der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

(2) Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 3 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab dem 1. Juli 2015 um 57,10 Euro und ab dem 1. Juli 2016 um 58,41 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B in der am 31. August 2006 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(3) Die in der Anlage zum Bremischen Beamtenversorgungsgesetz genannten Beträge werden wie folgt erhöht:

1. Zum 1. Juli 2015 um 2,1 vom Hundert,
2. ausgehend von den nach Nummer 1 erhöhten Beträgen zum 1. Juli 2016 um 2,3 vom Hundert.

§ 6

Rundungsregelung

Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.

§ 7

Bekanntmachung der Beträge

(1) Die nach § 2 Absatz 1 und § 3 Nummer 3 und 5 angepassten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz in der am 1. Juli 2015 geltenden Fassung.

(2) Die nach § 4 angepassten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz in der am 1. Juli 2016 geltenden Fassung.

(3) Die nach § 5 Absatz 3

1. Nummer 1 angepassten Beträge ergeben sich aus der Anlage zum Bremischen Beamtenversorgungsgesetz in der am 1. Juli 2015 geltenden Fassung,
2. Nummer 2 angepassten Beträge ergeben sich aus der Anlage zum Bremischen Beamtenversorgungsgesetz in der am 1. Juli 2016 geltenden Fassung.

Artikel 2

Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bremische Beamtenversorgungsgesetz vom 4. November 2014 (Brem.GBl. S. 458 — 2040-a-2) wird wie folgt geändert:

1. In § 69 Absatz 2 erhalten Satz 2 und 3 folgende Fassung:

„Dieser Monatsbetrag erhöht oder vermindert sich

1. um den Vomhundertsatz der allgemeinen Anpassung der Versorgungsbezüge nach § 81, vermindert um 0,1 vom Hundert, vom Ende der Ehezeit an bis zum Zeitpunkt des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand,
2. um den Vomhundertsatz der allgemeinen Anpassung der Versorgungsbezüge nach § 81 vom Zeitpunkt des Eintritts oder der

Versetzung in den Ruhestand an, vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften.

Satz 2 Nummer 2 gilt bei einer Ruhestandsbeamtin oder einem Ruhestandsbeamten vom Tag nach dem Ende der Ehezeit an.“

2. § 70 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Als voller Kapitalbetrag wird der Betrag angesetzt, der aufgrund der Entscheidung des Familiengerichts zu leisten gewesen wäre. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich bis zur Zahlung

1. um den Vomhundertsatz der allgemeinen Anpassung nach § 81, vermindert um 0,1 vom Hundert,
2. um den Vomhundertsatz der allgemeinen Anpassung nach § 81 vom Zeitpunkt des Eintritts oder der Versetzung in den Ruhestand an, vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften.

Satz 1 Nummer 2 gilt bei einer Ruhestandsbeamtin oder einem Ruhestandsbeamten vom Tag nach dem Ende der Ehezeit an.“

3. Die Anlage zum Bremischen Beamtenversorgungsgesetz erhält die in Anhang 2 zu diesem Gesetz abgedruckte Fassung.

Artikel 3

Weitere Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes

Die Anlage zum Bremischen Beamtenversorgungsgesetz vom 4. November 2014 (Brem.GBl. S. 458 — 2040-a-2), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, erhält die in Anhang 4 zu diesem Gesetz abgedruckte Fassung.

Artikel 4

Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Das Bremische Besoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179 -2042-a-2), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. November 2014 (Brem.GBl. S. 564) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3a Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „618,14“ durch die Angabe „631,12“ ersetzt.
2. Die Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz erhalten die in Anhang 1 zu diesem Gesetz abgedruckte Fassung.

Artikel 5

Weitere Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Das Bremische Besoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179 -2042-a-2), das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3a Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „631,12“ durch die Angabe „645,64“ ersetzt.
2. Die Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz erhalten die in Anhang 3 zu diesem Gesetz abgedruckte Fassung.

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 mit Wirkung vom 1. Juli 2015 in Kraft.

(2) Artikel 3 und 5 treten am 1. Juli 2016 in Kraft.

Begründung

Allgemeines:

Die Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge der bremischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sind regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen. Dies ergibt sich aus § 14 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung (BBesG Fassung 2006) sowie aus § 81 des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes (BremBeamtVG).

Zuletzt wurden die Dienst- und Beamtenversorgungsbezüge im Land Bremen durch Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen vom 25. Juni 2013 (Brem.GBl. S. 323 – 2042-a-7c), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 vom 25. November 2014 (Brem.GBl. S. 564) wie folgt angepasst:

- Zum 1. Mai 2013 um 2,65 vom Hundert in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 und um 1,5 vom Hundert in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a zuzüglich eines Erhöhungsbetrages der Grundgehaltssätze von 30 Euro.
- Zum 1. September 2013 um 1,5 vom Hundert in den übrigen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsordnungen B, C, R und W zuzüglich eines Erhöhungsbetrages der Grundgehaltssätze von 40 Euro.
- Zum 1. Mai 2014 um 2,95 vom Hundert in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 10 und um 1,5 vom Hundert in den Besoldungsgruppen A 11 bis A 12a zuzüglich eines Erhöhungsbetrages der Grundgehaltssätze von 40 Euro.
- Zum 1. September 2014 um 1,5 vom Hundert in den übrigen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsordnungen B, C, R und W zuzüglich eines Erhöhungsbetrages der Grundgehaltssätze von 40 Euro.

Die mit diesem Gesetz umzusetzende Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2015 und 2016 orientiert sich entsprechend der bisherigen Praxis am Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (TdL).

Im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder wurde am 28. März 2015 in Potsdam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Erhöhung der Entgelte zum 1. März 2015 um 2,1 % sowie zum 1. März 2016 eine weitere Erhöhung um 2,3 %, mindestens jedoch ein Erhöhungsbetrag der Entgelte von 75 Euro vereinbart.

Um einer Abkoppelung von der Lohnentwicklung der tarifgebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Länder im Land Bremen auch weiterhin entgegenzuwirken, sieht Artikel 1 dieses Gesetzes Folgendes vor:

Danach werden die an einer Anpassung regelmäßig teilnehmenden Bezügebestandteile der Dienst- und Beamtenversorgungsbezüge in den Jahren 2015 und 2016 wie folgt erhöht:

Die **Dienstbezüge** der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter werden

- **ab dem 1. Juli 2015 um 2,1 vom Hundert und**
- **ab dem 1. Juli 2016 um 2,3 vom Hundert, die Grundgehaltssätze mindestens jedoch um 75 Euro erhöht.**

Die **Anwärtergrundbeträge** werden zum **1. Juli 2015** und zum **1. Juli 2016** jeweils um **30 Euro** erhöht.

Die Anpassung der Dienstbezüge wird auf die Beamtenversorgungsbezüge zeit- und inhalts- gleich übertragen.

Im Einzelnen:**Zu Artikel 1 (Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015/2016):****Zu § 1 (Geltungsbereich):**

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich des Gesetzes.

Zu § 2 (Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge 2015):

Nach § 14 Abs. 1 BBesG Fassung 2006 ist die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig anzupassen. Bei der Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit einer Anpassung der Besoldung hat der Gesetzgeber nach Art. 33 Abs. 5 GG einen weiten Gestaltungsspielraum. Für eine Besoldungsanpassung müssen sachliche Gründe erkennbar sein. Die Mindestanforderungen und Grenzen des Art. 33 Abs. 5 GG sind zu berücksichtigen. Das in Art. 33 Abs. 5 GG verankerte Alimentationsprinzip erfordert, dass den Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern ein ihrem Dienstrang, der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung entsprechender und nach Maßgabe der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit angemessener Lebensunterhalt entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards gewährt wird.

Bei der Bestimmung der Amtsgemessenheit spiegeln Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wieder. Es ist davon auszugehen, dass die Tarifabschlüsse im TV-L-Bereich zumindest Indizwirkung für eine Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie des allgemeinen Lebensstandards haben.

Die in den Anlagen zum Bremischen Besoldungsgesetz ausgewiesenen Grundgehaltssätze werden dementsprechend vergleichbar mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen im Bereich des TV-L vom 28. März 2015 zum 1. Juli 2015 um 2,1 vom Hundert erhöht. Die Erhöhung gilt auch für die Bezügebestandteile, die bereits in der Vergangenheit regelmäßig linear erhöht worden sind.

Abweichend vom Ergebnis im Bereich des TV-L erfolgt die Erhöhung am 1. Juli 2015. Dies ist verfassungsrechtlich auch zulässig. Grundsätzlich gilt, dass der Besoldungsgesetzgeber nicht durch das verfassungsrechtliche Alimentationsprinzip als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums nach Art. 33 Abs. 5 GG verpflichtet ist, bei Anpassungen der Bezüge eine strikte Parallelität zu den Tarifergebnissen des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten (vgl. u. a. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. September 2007, 2 BvR 1673/03).

Die verzögerte Anpassung ist im Hinblick auf die dringliche Haushaltskonsolidierung sowie die Notwendigkeit einer Schuldenreduzierung zu Gunsten nachwachsender Generationen moderat um 4 Monate verschoben.

Nach Abs. 1 Nummer 2 erfolgt die Erhöhung des Auslandszuschlags und des Auslandskinderzuschlags in verminderter Form (0,85 vom Hundert des Anpassungssatzes). Dies entspricht der geübten Verfahrensweise vorangegangener Anpassungen und berücksichtigt pauschalierend, dass Auslandsdienstbezüge auch immaterielle Belastungen abgelden und steuerfreie Bezügebestandteile enthalten.

Die Anwärtergrundbeträge werden nach Abs. 1 Nummer 3 um 30 Euro zum 1. Juli 2015 erhöht.

Die Erhöhung um 2,1 vom Hundert zum 1. Juli 2015 gilt auch für die Hochschul-Leistungsbezüge, soweit sie an Besoldungsanpassungen teilnehmen. Eine Teilnahme an regelmäßigen Anpassungen ergibt sich aus dem Bremischen Besoldungsgesetz (Mindestleistungsbezüge nach § 3a Abs. 2 BremBesG) oder aus den Leistungsbezügevereinbarungen auf der Grundlage der Bremischen Hochschul-Leistungsbezügeverordnung.

Zu § 3 (Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht für das Jahr 2015):

Die Vorschrift regelt die Anpassung für Besoldungsbestandteile aus fortgeltenden bundes- bzw. landesrechtlichen Vorschriften nach § 84 BBesG Fassung 2006.

Die Nummern 1 bis 5 regeln die Erhöhung der Bezüge nach fortgeltenden Besoldungsordnungen bzw. Vorschriften für Hochschullehrerinnen und -lehrer. Nummer 3 stellt hierbei eine spezielle Regelung für die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Besoldungsordnung C dar. Die nach § 77 BBesG Fassung 2006 nach Bundesrecht fortgeltende Anpassungsregelung der Besoldungsordnung C gilt nicht für landesrechtliche Besoldungsanpassungen. Sie bedarf daher einer entsprechenden Regelung im Landesrecht.

Zu § 4 (Anpassung der Dienstbezüge und sonstigen Bezüge für das Jahr 2016):

Absatz 1 bestimmt die prozentuale Erhöhung der Besoldung für das Jahr 2016. Basis dieser Erhöhung sind die Beträge, die sich nach der Anpassung der Bezüge aus dem Jahr 2015 ergeben. Die Erhöhung erfolgt zum 1. Juli 2016 um 2,3 vom Hundert.

Absatz 2 regelt, dass für die Erhöhung der Grundgehälter zum 1. Juli 2016 ein Mindestbetrag von 75 Euro gilt. Der Mindestbetrag hat Bedeutung bei einem Grundgehalt von unter 3.300 Euro. Dies hat Auswirkungen bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 9, der Besoldungsgruppe A 10 bis Stufe 9, der Besoldungsgruppe A 11 bis Stufe 6 sowie der Anfangsgrundgehaltsstufen in den Besoldungsgruppen A 12 und A 12a. In diesen Fällen führt der Mindestbetrag zu einer prozentualen Erhöhung, die 2,3 vom Hundert übersteigt. Die individuelle prozentuale Erhöhung ist dabei umso höher je geringer das bisherige Grundgehalt ist.

Zu § 5 (Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge für die Jahre 2015 und 2016):

Die Anpassung der Besoldungsbezüge ist gemäß § 81 BremBeamtVG auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entsprechend zu regeln. Danach sind die linearen Erhöhungen zum 1. Juli 2015 (2,1 vom Hundert) und 1. Juli 2016 (2,3 vom Hundert, aber Anhebung der Grundgehaltssätze um mindestens 75 Euro) auch Grundlage für die allgemeine Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge. Die Erhöhung der Versorgungsbezüge wird jeweils zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Bezüge erhöht werden, aus denen sich die Versorgung berechnet.

Auf eine Regelung, wonach Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, um 0,1 vom Hundert vermindert anzupassen sind, wird mangels Anwendungsfälle im Land Bremen verzichtet. Dies hat zur Folge, dass durch Artikel 2 Nummer 1 und 2 die Vorschriften §§ 69 und 70 BremBeamtVG anzupassen sind (vgl. dort die Begründung).

Absatz 2 beinhaltet eine Kürzungsregelung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Beamtenversorgungsbezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand keine allgemeine Stellenzulage zugrunde lag. Der Kürzungsbetrag ist stets entsprechend zu dynamisieren.

Durch Abs. 3 werden erstmalig die Zuschläge zum Ruhegehalt aufgrund von Kindererziehungs- und Pflegezeiten im Rahmen der Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung dynamisiert. Mit Inkrafttreten des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes zum 1. Januar 2015 wurden die Regelungen über die Bestimmung von Kindererziehungs- und Kinderpfle-

gezuschlägen vereinfacht. Die bis zum 31. Dezember 2014 geltenden Vorschriften zur Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten standen in ihrer rein rentenrechtlichen Ausgestaltung systemwidrig zur Beamtenversorgung und verursachten durch die rentenrechtliche Höchstgrenzenberechnung einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Auf diese aufwändige rentenrechtliche Höchstgrenzenberechnung wird nunmehr verzichtet. Sie wurde durch einmalig nach den bisherigen Berechnungsgrundlagen aus dem Rentenwert vom 1. Juli 2014 und den rentenrechtlichen Rechengrößen 2014 abgeleitete monatliche Zuschlagsbeträge ersetzt. Die Anpassung der Beträge erfolgt nach der Systemumstellung losgelöst vom Rentenrecht systemkonform mit der Anpassung der Beamtenversorgung. Die Anpassung zum 1. Juli 2015 und zum 1. Juli 2016 wird durch Absatz 3 sichergestellt.

Zu § 6 (Rundungsregelung):

Die Vorschrift enthält eine erforderliche allgemeine Rundungsregelung bei der Berechnung der sich aus den einzelnen Anpassungen ergebenden Beträge des Familienzuschlags.

Zu § 7 (Bekanntmachung der Beträge):

Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Besoldungstabellen zum Bremischen Besoldungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung. Die erhöhten Zuschläge zum Ruhegehalt für Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten ergeben sich aus der Anlage zum Bremischen Beamtenversorgungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Zu Artikel 2 (Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes):

Zu Nummer 1 und 2:

Der Hinweis, wonach eine Dynamisierung des Versorgungsausgleichsbetrages entsprechend der Erhöhung oder Verminderung der Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, zu erfolgen hat, entfällt mit der Neuregelung.

Bei Versorgungsbezügen, die in festen Beträgen festgesetzt sind, handelt es sich um Versorgungsbezüge, die nicht auf der Grundlage von ruhegehaltfähigen Dienstbezügen ermittelt werden. Derartige Versorgungsbezüge wurden nach Abschnitt VIII des Beamtenversorgungsgesetzes Fassung 2006 festgesetzt.

Da entsprechende Anwendungsfälle in Bremen nicht mehr bestehen, war im Rahmen der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2015 und 2016 durch Artikel 1 dieses Gesetzes auch eine Dynamisierungsvorschrift obsolet.

Die auch weiterhin um 0,1 vom Hundert verminderte Anhebung des Versorgungsausgleichsbetrages vor Beginn des Ruhestands der ausgleichspflichtigen Beamtin oder des ausgleichspflichtigen Beamten soll der Vermeidung von übermäßigen Steigerungen von nicht der Dynamisierung unterliegender Besoldungsbestandteile dienen.

Zu Nummer 3:

Die erstmalig durch Artikel 1 § 5 Abs. 3 erfolgte Anpassung der Zuschläge zum Ruhegehalt (§§ 58 bis 60 BremBeamtVG) hat zur Folge, dass die Beträge in der Anlage zum BremBeamtVG entsprechend neu auszuweisen sind.

Zu Artikel 3 (Weitere Änderung des Bremischen Beamtenversorgungsgesetzes):

Die zum 1. Juli 2016 erneute Anpassung der Zuschläge zum Ruhegehalt (§§ 58 bis 60 BremBeamtVG) sind in der Anlage zum BremBeamtVG neu auszuweisen.

Zu Artikel 4 (Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes):

Zu Nummer 1:

Durch § 3a Abs. 2 BremBesG wird sichergestellt, dass Professorinnen und Professoren Leistungsbezüge in einem Mindestumfang erhalten. Diese Mindestleistungsbezüge nehmen an Besoldungsanpassungen regelmäßig teil, so dass sich der in der Vorschrift genannte Betrag

entsprechend der Anpassung der Dienstbezüge entwickelt. Er beträgt nach der Anpassung zum 1. Juli 2015 631,12 Euro. Mit der Gewährung von Mindestleistungsbezügen wurden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Urteil vom 14. Februar 2012, 2 BvL 04/10) umgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht hat zum hessischen Besoldungsrecht entschieden, dass das dienstaltersunabhängige Grundgehalt in der Besoldungsgruppe W 2 evident unzureichend sei und durch mögliche Leistungsbezüge nicht kompensiert werde, da diesen in ihrer Ausgestaltung der alimentative Charakter fehle. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 2 ist zum hessischen Besoldungsrecht ergangen. Gleichwohl fand das in Hessen praktizierte System der Professorenbesoldung auch auf die bremischen Professorinnen und Professoren Anwendung.

Der Betrag der Mindestleistungsbezüge gilt in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3.

Zu Nummer 2:

Die durch Artikel 1 § 2 Abs. 1 und § 3 Nummer 3 und 5 angepassten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz.

Zu Artikel 5 (Weitere Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes):

Zu Nummer 1:

Der Betrag 645,64 Euro entspricht der Höhe der Mindestleistungsbezüge zum 1. Juli 2016 in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3. Im Übrigen wird auf die Begründung zu Artikel 4 Nummer 1 verwiesen.

Zu Nummer 2:

Die durch Artikel 1 § 4 angepassten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 14 zum Bremischen Besoldungsgesetz.

Zu Artikel 6 (Inkrafttreten):

Regelt das Inkrafttreten.

Gültig ab 01.07.2015

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3	1.880,27	1.925,63	1.970,98	2.016,33	2.061,71	2.107,08	2.152,43					
A 4	1.922,03	1.975,45	2.028,82	2.082,25	2.135,65	2.189,04	2.242,41					
A 5	1.937,22	2.005,60	2.058,73	2.111,85	2.164,98	2.218,10	2.271,23	2.324,38				
A 6	1.982,12	2.040,45	2.098,78	2.157,12	2.215,45	2.273,80	2.332,13	2.390,47	2.448,79			
A 7	2.067,39	2.119,82	2.193,22	2.266,62	2.340,03	2.413,42	2.486,85	2.539,24	2.591,69	2.644,13		
A 8		2.194,30	2.257,01	2.351,07	2.445,15	2.539,20	2.633,31	2.696,01	2.758,70	2.821,44	2.884,14	
A 9		2.335,13	2.396,83	2.497,22	2.597,62	2.698,01	2.798,42	2.867,41	2.936,47	3.005,48	3.074,50	
A 10		2.512,87	2.598,63	2.727,23	2.855,89	2.984,53	3.113,16	3.198,92	3.284,67	3.370,41	3.456,16	
A 11			2.889,62	3.018,11	3.146,61	3.275,10	3.403,60	3.489,25	3.574,91	3.660,59	3.746,25	3.831,92
A 12				3.252,36	3.405,57	3.558,76	3.711,95	3.814,07	3.916,20	4.018,33	4.120,46	4.222,58
A 12a				3.302,77	3.477,58	3.652,38	3.827,20	3.943,75	4.060,26	4.176,80	4.293,32	4.409,86
A 13					3.805,13	3.970,55	4.135,95	4.246,25	4.356,53	4.466,80	4.577,11	4.687,40
A 14					4.040,36	4.254,88	4.469,38	4.612,39	4.755,41	4.898,42	5.041,43	5.184,45
A 15						4.667,78	4.903,63	5.092,31	5.280,98	5.469,68	5.658,37	5.847,05
A 16						5.143,67	5.416,41	5.634,66	5.852,88	6.071,07	6.289,31	6.507,52

Gültig ab 01.07.2015

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.847,05
B 2	6.783,61
B 3	7.180,11
B 4	7.595,38
B 5	8.071,80
B 6	8.521,74
B 7	8.959,38
B 8	9.415,51
B 9	9.981,89
B 10	11.740,69
B 11	12.193,99

Gültig ab 01.07.2015

Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1 BBesG)	(§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	120,06	227,86
übrige Besoldungsgruppen	126,06	233,86

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite zu berücksichtigende Kind um 107,80 Euro

für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 335,86 Euro

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu

berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro

in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro

in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren

Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt

Gültig ab 01. Juli 2015

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)

in der Reihenfolge der Gesetzstabellen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
Besoldungsordnungen A und B		Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 4	207,11	A 4	2 67,55
Nummer 5		A 5	2 67,55
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen		A 6	2 36,61
A 3 bis A 5	115,04		
A 6 bis A 9	153,39	A 9	1 272,63
A 10 und höher	191,73		
Nummer 6		A 10	3, 4 25,56
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 11	1, 2 25,56
von einem Jahr	63,69		
von zwei Jahren	127,38	A 12	3 25,56
			7 154,36
Nummer 7 Abs. 1			
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 12 a	2 25,56
von einem Jahr	63,69		5 154,36
von zwei Jahren	127,38		
		A 13	1, 9, 10 270,09
Nummer 8	95,53		12 185,17
			14 -kw - 166,69
Nummer 9 Abs. 1			15 83,12
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1	17,05	A 14	2 185,17
der Laufbahngruppe 2	38,35		
		A 15	1 123,47
Nummer 10	25,56		4 185,17
			6 308,57
Nummer 11	38,35		7 -kw - 342,35
		A 16	3 207,11
Nummer 12			
Buchstabe a		Besoldungsgruppen Fußnote	
Doppelbuchstabe aa	19,61	R 1	1 204,73
Doppelbuchstabe bb	76,71		
Buchstabe b	85,25	R 2	1, 2, 6, 7, 8 204,73
			3 331,62
Besoldungsordnung W		R 3	1 204,73
Vorbemerkungen			
Nummer 1	260,00		
Nummer 2			
wenn ein Amt ausgeübt wird			
in der Besoldungsgruppe R 1	205,54		
in der Besoldungsgruppe R 2	230,08		

Gültig ab 01.07.2015	
Anwärtergrundbetrag	
(Monatsbeträge in Euro)	
Einstiegsamt, in das die Anw ärterin oder der Anw ärter nach Abschluss des Vorbereitungs- dienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.033,37
A 9 bis A 11	1.088,68
A 12	1.231,84
A 13	1.264,39
A 13 + Zulage	
(Nummer 12 Buchst. b der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.300,17

Gültig ab 01.07.2015	
Mehrarbeitsvergütung	
(Beträge in Euro)	
§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	11,93
A 5 bis A 8	14,09
A 9 bis A 12	19,33
A 13 bis A 16	26,66
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	17,98
Nummer 2	22,30
Nummer 3	26,46
Nummer 4	30,93
Nummer 5	30,93

Gültig ab 01.07.2015

Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV

3,25

Gültig ab 01. Juli 2015

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	1.023,08	1.207,37	1.394,19	1.579,74	1.766,55	1.953,35	2.137,69	2.325,72	2.508,82	2.696,22	2.882,42	3.067,34
A 9	1.203,07	1.402,86	1.601,39	1.801,18	2.002,21	2.201,38	2.401,20	2.601,58	2.800,75	3.000,56	3.199,73	3.399,49
A 10	1.357,70	1.567,36	1.773,99	1.981,79	2.189,01	2.397,46	2.604,66	2.811,89	3.018,48	3.225,69	3.434,14	3.641,35
A 11	1.446,72	1.659,80	1.871,05	2.082,91	2.294,76	2.506,03	2.718,51	2.930,34	3.142,82	3.354,07	3.565,96	3.777,21
A 12	1.610,78	1.835,33	2.059,30	2.284,48	2.508,44	2.734,24	2.958,20	3.183,38	3.407,36	3.632,53	3.857,71	4.082,30
A 13 und C 1	1.771,18	2.005,44	2.237,87	2.471,53	2.704,56	2.938,24	3.171,89	3.404,94	3.639,20	3.871,62	4.105,90	4.338,95
A 14	1.934,61	2.176,15	2.417,67	2.659,78	2.901,32	3.143,43	3.384,96	3.625,88	3.867,40	4.109,52	4.350,43	4.591,37
A 15, C 2 und R 1	2.161,60	2.422,50	2.683,40	2.944,27	3.205,19	3.466,67	3.726,96	3.989,06	4.249,97	4.511,47	4.772,33	5.033,24
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.283,86	2.558,09	2.832,31	3.105,90	3.381,32	3.654,32	3.928,53	4.202,76	4.476,97	4.751,78	5.025,40	5.298,99
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.283,86	2.567,80	2.854,69	3.141,62	3.428,55	3.716,67	4.003,60	4.291,13	4.578,03	4.865,58	5.152,49	5.439,43
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.515,12	2.833,50	3.151,92	3.469,74	3.788,09	4.106,48	4.424,30	4.742,09	5.061,08	5.378,28	5.696,08	6.015,69
B 8 und höher, R 8 und höher	2.694,30	3.053,84	3.412,20	3.771,77	4.130,73	4.490,27	4.850,43	5.209,39	5.568,97	5.927,91	6.287,49	6.646,44

Gültig ab 01. Juli 2015

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	870,27	1.026,77	1.184,49	1.342,83	1.502,44	1.660,17	1.817,27	1.976,26	2.132,72	2.292,29	2.450,04	2.607,14
A 9	1.021,84	1.192,55	1.360,78	1.530,91	1.702,83	1.871,70	2.041,79	2.211,91	2.380,77	2.550,85	2.719,73	2.888,59
A 10	1.154,20	1.332,96	1.508,64	1.684,90	1.861,81	2.037,47	2.214,38	2.390,67	2.565,09	2.741,99	2.919,51	3.095,16
A 11	1.230,01	1.410,39	1.590,16	1.770,58	1.950,95	2.131,35	2.311,11	2.491,50	2.670,68	2.850,45	3.031,46	3.210,03
A 12	1.368,03	1.559,93	1.750,58	1.941,26	2.133,16	2.323,82	2.513,90	2.705,17	2.897,07	3.087,75	3.279,03	3.469,74
A 13 und C 1	1.506,03	1.704,59	1.901,91	2.101,07	2.299,00	2.497,57	2.696,09	2.894,04	3.093,82	3.291,14	3.489,69	3.688,21
A 14	1.644,65	1.849,86	2.054,46	2.261,50	2.466,08	2.671,31	2.875,89	3.081,71	3.287,50	3.492,71	3.697,91	3.902,50
A 15, C 2 und R 1	1.837,15	2.058,69	2.280,24	2.503,01	2.725,78	2.946,10	3.167,64	3.390,99	3.613,17	3.834,71	4.056,26	4.279,02
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.940,67	2.173,72	2.406,75	2.640,41	2.872,85	3.105,90	3.339,56	3.572,00	3.805,66	4.039,92	4.271,77	4.504,79
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.940,67	2.182,79	2.426,74	2.670,68	2.914,01	3.158,58	3.403,11	3.647,06	3.891,02	4.134,93	4.378,89	4.622,86
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.138,60	2.407,98	2.678,55	2.949,14	3.219,71	3.490,29	3.760,86	4.031,43	4.301,43	4.572,60	4.841,96	5.113,15
B 8 und höher, R 8 und höher	2.289,94	2.595,63	2.901,32	3.206,40	3.512,67	3.816,57	4.122,24	4.427,32	4.732,99	5.038,09	5.343,77	5.649,47

Gültig ab 01. Juli 2015

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	716,89	844,92	976,66	1.105,94	1.237,06	1.366,97	1.496,87	1.628,00	1.756,66	1.887,79	2.017,67	2.147,59
A 9	841,84	981,01	1.120,80	1.259,98	1.402,23	1.541,41	1.681,19	1.820,99	1.960,79	2.099,32	2.239,75	2.379,53
A 10	951,31	1.097,30	1.242,02	1.388,01	1.532,74	1.678,73	1.823,46	1.968,19	2.114,19	2.258,28	2.403,06	2.549,63
A 11	1.013,30	1.161,03	1.309,92	1.458,21	1.607,11	1.754,20	1.902,53	2.050,82	2.199,74	2.346,83	2.496,33	2.644,04
A 12	1.127,12	1.284,49	1.441,28	1.599,86	1.756,03	1.913,43	2.071,41	2.227,57	2.384,97	2.542,96	2.700,33	2.858,33
A 13 und C 1	1.239,71	1.403,12	1.565,96	1.729,40	1.893,45	2.056,27	2.219,71	2.383,17	2.547,20	2.710,02	2.874,04	3.036,90
A 14	1.354,70	1.523,60	1.691,86	1.860,74	2.031,46	2.200,33	2.369,22	2.538,10	2.706,99	2.875,89	3.044,78	3.214,27
A 15, C 2 und R 1	1.512,70	1.694,92	1.878,32	2.061,72	2.243,94	2.427,35	2.609,54	2.792,35	2.975,16	3.157,98	3.340,76	3.522,97
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.598,65	1.790,54	1.981,83	2.173,72	2.366,81	2.558,71	2.749,37	2.941,87	3.133,76	3.326,84	3.518,13	3.709,43
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.598,65	1.796,58	1.998,16	2.199,12	2.400,10	2.602,27	2.802,03	3.002,40	3.203,96	3.405,55	3.605,92	3.807,47
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.760,89	1.983,03	2.206,39	2.429,16	2.651,30	2.874,04	3.097,42	3.319,60	3.542,94	3.764,50	3.987,87	4.211,23
B 8 und höher, R 8 und höher	1.885,58	2.137,39	2.388,60	2.640,41	2.892,24	3.144,05	3.395,25	3.647,06	3.897,66	4.149,50	4.401,29	4.652,51

Gültig ab 01.07.2015

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe												Nach § 56 Abs. 1Nr. 2 BBesG
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 3 bis A 16,													
B 1 bis B 11	147,83	169,49	191,73	212,15	235,04	256,69	277,72	299,36	321,02	343,30	364,94	384,72	147,83

Gültig ab 01.07.2015

Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Erfahrungsstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.253,68	3.364,00	3.474,27	3.584,54	3.694,85	3.805,13	3.915,40	4.025,68	4.135,95	4.246,25	4.356,53	4.466,80	4.577,11	4.687,40	
C 2	3.260,57	3.436,34	3.612,08	3.787,87	3.963,61	4.139,36	4.315,13	4.490,88	4.666,62	4.842,40	5.018,13	5.193,89	5.369,64	5.545,41	5.721,16
C 3	3.579,05	3.778,06	3.977,08	4.176,10	4.375,11	4.574,11	4.773,11	4.972,11	5.171,12	5.370,11	5.569,12	5.768,14	5.967,12	6.166,15	6.365,13
C 4	4.515,94	4.716,01	4.916,05	5.116,10	5.316,16	5.516,20	5.716,28	5.916,29	6.116,35	6.316,40	6.516,46	6.716,50	6.916,55	7.116,59	7.316,64

Gültig ab 01.07.2015

Zulagen C-Besoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
	Vomhundert, Bruchteil		Vomhundert, Bruchteil		Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C		Nummer 3		Nummer 5	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des	wenn ein Amt ausgeübt wird	
Nummer 2 b	85,25		Endgrundgehalts oder	der Besoldungsgruppe R 1	205,54
			bei festen Gehältern,	der Besoldungsgruppe R 2	230,08
			des Grundgehalts der		
			Besoldungsgruppe *)		
		für Beamte der		Besoldungsgruppe	Fußnote
		Besoldungsgruppe(n)		C 2	1 104,32
		C 1	A 13		
		C 2	A 15		
		C 3 und C 4	B 3		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Gültig ab 01.07.2015

Zuschläge nach §§ 58 bis 60 BremBeamtVG

(Monatsbeträge in Euro)

§ 58 BremBeamtVG

Absatz 1	Der Kindererziehungszuschlag beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit	2,43 Euro
-----------------	---	-----------

Absatz 5	Der Kindererziehungsergänzungszuschlag beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:	
-----------------	---	--

	1. im Fall von § 58 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a	0,82 Euro
--	---	-----------

	2. im Fall von § 58 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe b	0,61 Euro
--	---	-----------

§ 59 BremBeamtVG

	Der Kinderzuschlag beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat	1,62 Euro
--	---	-----------

	für weitere Monate	0,82 Euro
--	--------------------	-----------

§ 60 BremBeamtVG

Absatz 1	Der Pflegezuschlag beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erw erbsmäßigen Pflege einer oder eines	
-----------------	--	--

	1. Schw erstpflegebedürftigen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Elftes Buch Sozialgesetzbuch), wenn sie oder er mindestens	
--	---	--

	a) 28 Stunden in der Woche gepflegt wird,	1,85 Euro
--	---	-----------

	b) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird,	1,39 Euro
--	---	-----------

	c) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,	0,93 Euro
--	---	-----------

	2. Schw erpflegebedürftigen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Elftes Buch Sozialgesetzbuch), wenn sie oder er mindestens	
--	---	--

	a) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird	1,25 Euro
--	--	-----------

	b) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,	0,83 Euro
--	---	-----------

	3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Elftes Buch Sozialgesetzbuch)	0,61 Euro
--	---	-----------

Absatz 3	Der Kinderpflegeergänzungszuschlag beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erw erbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge höchstens jedoch	0,82 Euro
-----------------	---	-----------

Gültig ab 01.07.2016

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3	1.955,27	2.000,63	2.045,98	2.091,33	2.136,71	2.182,08	2.227,43					
A 4	1.997,03	2.050,45	2.103,82	2.157,25	2.210,65	2.264,04	2.317,41					
A 5	2.012,22	2.080,60	2.133,73	2.186,85	2.239,98	2.293,10	2.346,23	2.399,38				
A 6	2.057,12	2.115,45	2.173,78	2.232,12	2.290,45	2.348,80	2.407,13	2.465,47	2.523,79			
A 7	2.142,39	2.194,82	2.268,22	2.341,62	2.415,03	2.488,42	2.561,85	2.614,24	2.666,69	2.719,13		
A 8		2.269,30	2.332,01	2.426,07	2.520,15	2.614,20	2.708,31	2.771,01	2.833,70	2.896,44	2.959,14	
A 9		2.410,13	2.471,83	2.572,22	2.672,62	2.773,01	2.873,42	2.942,41	3.011,47	3.080,48	3.149,50	
A 10		2.587,87	2.673,63	2.802,23	2.930,89	3.059,53	3.188,16	3.273,92	3.360,22	3.447,93	3.535,65	
A 11			2.964,62	3.093,11	3.221,61	3.350,43	3.481,88	3.569,50	3.657,13	3.744,78	3.832,41	3.920,05
A 12				3.327,36	3.483,90	3.640,61	3.797,32	3.901,79	4.006,27	4.110,75	4.215,23	4.319,70
A 12a				3.378,73	3.557,56	3.736,38	3.915,23	4.034,46	4.153,65	4.272,87	4.392,07	4.511,29
A 13					3.892,65	4.061,87	4.231,08	4.343,91	4.456,73	4.569,54	4.682,38	4.795,21
A 14					4.133,29	4.352,74	4.572,18	4.718,47	4.864,78	5.011,08	5.157,38	5.303,69
A 15						4.775,14	5.016,41	5.209,43	5.402,44	5.595,48	5.788,51	5.981,53
A 16						5.261,97	5.540,99	5.764,26	5.987,50	6.210,70	6.433,96	6.657,19

Gültig ab 01.07.2016

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.981,53
B 2	6.939,63
B 3	7.345,25
B 4	7.770,07
B 5	8.257,45
B 6	8.717,74
B 7	9.165,45
B 8	9.632,07
B 9	10.211,47
B 10	12.010,73
B 11	12.474,45

Gültig ab 01.07.2016

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	122,82	233,10
übrige Besoldungsgruppen	128,96	239,24

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite zu berücksichtigende Kind um 110,28 Euro

für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind 343,59 Euro

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu

berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 um je 5,11 Euro

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56 Euro

in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro

in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt

Gültig ab 01. Juli 2016

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)

in der Reihenfolge der Gesetzestabellen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
Besoldungsordnungen A und B		Besoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen		Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 4	211,87	A 4	2 69,10
Nummer 5		A 5	2 69,10
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen		A 6	2 37,45
A 3 bis A 5	115,04	A 9	1 278,90
A 6 bis A 9	153,39	A 10	3, 4 25,56
A 10 und höher	191,73	A 11	1, 2 25,56
Nummer 6		A 12	3 25,56
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit			7 157,91
von einem Jahr	63,69	A 12 a	2 25,56
von zwei Jahren	127,38		5 157,91
Nummer 7 Abs. 1		A 13	1, 9, 10 276,30
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit			12 189,43
von einem Jahr	63,69		14 -kw - 170,52
von zwei Jahren	127,38		15 85,03
Nummer 8	95,53	A 14	2 189,43
Nummer 9 Abs. 1		A 15	1 126,31
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1	17,05		4 189,43
der Laufbahngruppe 2	38,35		6 315,67
Nummer 10	25,56		7 -kw - 350,22
Nummer 11	38,35	A 16	3 211,87
Nummer 12		Besoldungsgruppen Fußnote	
Buchstabe a		R 1	1 209,44
Doppelbuchstabe aa	20,06	R 2	1, 2, 6, 7, 8 209,44
Doppelbuchstabe bb	78,47		3 339,25
Buchstabe b	87,21	R 3	1 209,44
Besoldungsordnung W			
Vorbemerkungen			
Nummer 1	260,00		
Nummer 2			
wenn ein Amt ausgeübt wird			
in der Besoldungsgruppe R 1	205,54		
in der Besoldungsgruppe R 2	230,08		

Gültig ab 01.07.2016	
Anwärtergrundbetrag	
(Monatsbeträge in Euro)	
Einstiegsamt, in das die Anw ärterin oder der Anw ärter nach Abschluss des Vorbereitungs- dienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.063,37
A 9 bis A 11	1.118,68
A 12	1.261,84
A 13	1.294,39
A 13 + Zulage	
(Nummer 12 Buchst. b der Vorbemerkungen	
zu den Besoldungsordnungen A und B)	
oder R 1	1.330,17

Gültig ab 01.07.2016	
Mehrarbeitsvergütung	
(Beträge in Euro)	
§ 4 Abs. 1 MVerG	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	12,20
A 5 bis A 8	14,41
A 9 bis A 12	19,77
A 13 bis A 16	27,27
§ 4 Abs. 3 MVerG	
Nummer 1	18,39
Nummer 2	22,81
Nummer 3	27,07
Nummer 4	31,64
Nummer 5	31,64

Gültig ab 01.07.2016	
Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	
(Beträge in Euro)	
	§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuIV
	3,32

Gültig ab 01. Juli 2016												
Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)												
(Monatsbeträge in Euro)												
Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	1.043,13	1.231,03	1.421,52	1.610,70	1.801,17	1.991,64	2.179,59	2.371,30	2.557,99	2.749,07	2.938,92	3.127,46
A 9	1.226,65	1.430,36	1.632,78	1.836,48	2.041,45	2.244,53	2.448,26	2.652,57	2.855,64	3.059,37	3.262,44	3.466,12
A 10	1.384,31	1.598,08	1.808,76	2.020,63	2.231,91	2.444,45	2.655,71	2.867,00	3.077,64	3.288,91	3.501,45	3.712,72
A 11	1.475,08	1.692,33	1.907,72	2.123,74	2.339,74	2.555,15	2.771,79	2.987,77	3.204,42	3.419,81	3.635,85	3.851,24
A 12	1.642,35	1.871,30	2.099,66	2.329,26	2.557,61	2.787,83	3.016,18	3.245,77	3.474,14	3.703,73	3.933,32	4.162,31
A 13 und C 1	1.805,90	2.044,75	2.281,73	2.519,97	2.757,57	2.995,83	3.234,06	3.471,68	3.710,53	3.947,50	4.186,38	4.423,99
A 14	1.972,53	2.218,80	2.465,06	2.711,91	2.958,19	3.205,04	3.451,31	3.696,95	3.943,20	4.190,07	4.435,70	4.681,36
A 15, C 2 und R 1	2.203,97	2.469,98	2.735,99	3.001,98	3.268,01	3.534,62	3.800,01	4.067,25	4.333,27	4.599,89	4.865,87	5.131,89
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.328,62	2.608,23	2.887,82	3.166,78	3.447,59	3.725,94	4.005,53	4.285,13	4.564,72	4.844,91	5.123,90	5.402,85
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.328,62	2.618,13	2.910,64	3.203,20	3.495,75	3.789,52	4.082,07	4.375,24	4.667,76	4.960,95	5.253,48	5.546,04
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.564,42	2.889,04	3.213,70	3.537,75	3.862,34	4.186,97	4.511,02	4.835,03	5.160,28	5.483,69	5.807,72	6.133,60
B 8 und höher, R 8 und höher	2.747,11	3.113,70	3.479,08	3.845,70	4.211,69	4.578,28	4.945,50	5.311,49	5.678,12	6.044,10	6.410,72	6.776,71

Gültig ab 01. Juli 2016

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	887,33	1.046,89	1.207,71	1.369,15	1.531,89	1.692,71	1.852,89	2.014,99	2.174,52	2.337,22	2.498,06	2.658,24
A 9	1.041,87	1.215,92	1.387,45	1.560,92	1.736,21	1.908,39	2.081,81	2.255,26	2.427,43	2.600,85	2.773,04	2.945,21
A 10	1.176,82	1.359,09	1.538,21	1.717,92	1.898,30	2.077,40	2.257,78	2.437,53	2.615,37	2.795,73	2.976,73	3.155,83
A 11	1.254,12	1.438,03	1.621,33	1.805,28	1.989,19	2.173,12	2.356,41	2.540,33	2.723,03	2.906,32	3.090,88	3.272,95
A 12	1.394,84	1.590,50	1.784,89	1.979,31	2.174,97	2.369,37	2.563,17	2.758,19	2.953,85	3.148,27	3.343,30	3.537,75
A 13 und C 1	1.535,55	1.738,00	1.939,19	2.142,25	2.344,06	2.546,52	2.748,93	2.950,76	3.154,46	3.355,65	3.558,09	3.760,50
A 14	1.676,89	1.886,12	2.094,73	2.305,83	2.514,42	2.723,67	2.932,26	3.142,11	3.351,94	3.561,17	3.770,39	3.978,99
A 15, C 2 und R 1	1.873,16	2.099,04	2.324,93	2.552,07	2.779,21	3.003,84	3.229,73	3.457,45	3.683,99	3.909,87	4.135,76	4.362,89
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.978,71	2.216,32	2.453,92	2.692,16	2.929,16	3.166,78	3.405,02	3.642,01	3.880,25	4.119,10	4.355,50	4.593,08
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.978,71	2.225,57	2.474,30	2.723,03	2.971,12	3.220,49	3.469,81	3.718,54	3.967,28	4.215,97	4.464,72	4.713,47
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.180,52	2.455,18	2.731,05	3.006,94	3.282,82	3.558,70	3.834,57	4.110,45	4.385,74	4.662,22	4.936,86	5.213,37
B 8 und höher, R 8 und höher	2.334,82	2.646,50	2.958,19	3.269,25	3.581,52	3.891,37	4.203,04	4.514,10	4.825,76	5.136,84	5.448,51	5.760,20

Gültig ab 01. Juli 2016

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Dienstortstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3 bis A 8	730,94	861,48	995,80	1.127,62	1.261,31	1.393,76	1.526,21	1.659,91	1.791,09	1.924,79	2.057,22	2.189,68
A 9	858,34	1.000,24	1.142,77	1.284,68	1.429,71	1.571,62	1.714,14	1.856,68	1.999,22	2.140,47	2.283,65	2.426,17
A 10	969,96	1.118,81	1.266,36	1.415,21	1.562,78	1.711,63	1.859,20	2.006,77	2.155,63	2.302,54	2.450,16	2.599,60
A 11	1.033,16	1.183,79	1.335,59	1.486,79	1.638,61	1.788,58	1.939,82	2.091,02	2.242,85	2.392,83	2.545,26	2.695,86
A 12	1.149,21	1.309,67	1.469,53	1.631,22	1.790,45	1.950,93	2.112,01	2.271,23	2.431,72	2.592,80	2.753,26	2.914,35
A 13 und C 1	1.264,01	1.430,62	1.596,65	1.763,30	1.930,56	2.096,57	2.263,22	2.429,88	2.597,13	2.763,14	2.930,37	3.096,42
A 14	1.381,25	1.553,46	1.725,02	1.897,21	2.071,28	2.243,46	2.415,66	2.587,85	2.760,05	2.932,26	3.104,46	3.277,27
A 15, C 2 und R 1	1.542,35	1.728,14	1.915,14	2.102,13	2.287,92	2.474,93	2.660,69	2.847,08	3.033,47	3.219,88	3.406,24	3.592,02
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.629,98	1.825,63	2.020,67	2.216,32	2.413,20	2.608,86	2.803,26	2.999,53	3.195,18	3.392,05	3.587,09	3.782,13
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.629,98	1.831,79	2.037,32	2.242,22	2.447,14	2.653,27	2.856,95	3.061,25	3.266,76	3.472,30	3.676,60	3.882,10
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.795,40	2.021,90	2.249,64	2.476,77	2.703,27	2.930,37	3.158,13	3.384,66	3.612,38	3.838,28	4.066,03	4.293,77
B 8 und höher, R 8 und höher	1.922,54	2.179,28	2.435,42	2.692,16	2.948,93	3.205,67	3.461,80	3.718,54	3.974,05	4.230,83	4.487,56	4.743,70

Gültig ab 01.07.2016

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe												Nach § 56 Abs. 1Nr. 2 BBesG
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 3 bis A 16,													
B 1 bis B 11	150,73	172,81	195,49	216,31	239,65	261,72	283,16	305,23	327,31	350,03	372,09	392,26	150,73

Gültig ab 01.07.2016

Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Erfahrungsstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.328,68	3.441,37	3.554,18	3.666,98	3.779,83	3.892,65	4.005,45	4.118,27	4.231,08	4.343,91	4.456,73	4.569,54	4.682,38	4.795,21	
C 2	3.335,57	3.515,38	3.695,16	3.874,99	4.054,77	4.234,57	4.414,38	4.594,17	4.773,95	4.953,78	5.133,55	5.313,35	5.493,14	5.672,95	5.852,75
C 3	3.661,37	3.864,96	4.068,55	4.272,15	4.475,74	4.679,31	4.882,89	5.086,47	5.290,06	5.493,62	5.697,21	5.900,81	6.104,36	6.307,97	6.511,53
C 4	4.619,81	4.824,48	5.029,12	5.233,77	5.438,43	5.643,07	5.847,75	6.052,36	6.257,03	6.461,68	6.666,34	6.870,98	7.075,63	7.280,27	7.484,92

Gültig ab 01.07.2016

Zulagen C-Besoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt	Betrag in Euro	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro
	Vomhundert, Bruchteil		Vomhundert, Bruchteil		Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C		Nummer 3		Nummer 5	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des	wenn ein Amt ausgeübt wird	
Nummer 2 b	87,21		Endgrundgehalts oder	der Besoldungsgruppe R 1	205,54
			bei festen Gehältern,	der Besoldungsgruppe R 2	230,08
			des Grundgehalts der		
			Besoldungsgruppe *)		
		für Beamte der		Besoldungsgruppe	Fußnote
		Besoldungsgruppe(n)		C 2	1
		C 1	A 13		104,32
		C 2	A 15		
		C 3 und C 4	B 3		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1§ 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Gültig ab 01.07.2016

Zuschläge nach §§ 58 bis 60 BremBeamtVG

(Monatsbeträge in Euro)

§ 58 BremBeamtVG

Absatz 1	Der Kindererziehungszuschlag beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit	2,49 Euro
Absatz 5	Der Kindererziehungsergänzungszuschlag beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:	
	1. im Fall von § 58 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a	0,84 Euro
	2. im Fall von § 58 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe b	0,62 Euro

§ 59 BremBeamtVG

	Der Kinderzuschlag beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat	1,66 Euro
	für weitere Monate	0,84 Euro

§ 60 BremBeamtVG

Absatz 1	Der Pflegezuschlag beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erw erbsmäßigen Pflege einer oder eines	
	1. Schw erstpflegebedürftigen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Elfte Buch Sozialgesetzbuch), wenn sie oder er mindestens	
	a) 28 Stunden in der Woche gepflegt wird,	1,89 Euro
	b) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird,	1,42 Euro
	c) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,	0,95 Euro
	2. Schw erpflegebedürftigen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Elfte Buch Sozialgesetzbuch), wenn sie oder er mindestens	
	a) 21 Stunden in der Woche gepflegt wird	1,28 Euro
	b) 14 Stunden in der Woche gepflegt wird,	0,85 Euro
	3. erheblich Pflegebedürftigen (§ 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Elfte Buch Sozialgesetzbuch)	0,62 Euro
Absatz 3	Der Kinderpflegeergänzungszuschlag beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erw erbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge höchstens jedoch	0,84 Euro